Alexandra Mays I Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika I Heidelberg I April 2014

Übergabe von sterblichen Überresten an namibische Delegation

Am 4. und 5. März 2014 wurden die im Universitätsarchiv Freiburg und in der Charité in Berlin befindlichen sterblichen Überreste von 21 Menschen aus dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika zeremoniell an eine Gruppe von Delegierten aus Namibia übergeben. Eine offizielle Anerkennung des zwischen 1904 und 1908 von Deutschland verübten Völkermords steht allerdings immer noch aus. Auch der vorgezogene Termin und die Konstellation der namibischen Delegation werfen Fragen auf.

Zu den von April auf Anfang März vorgezogenen Veranstaltungen in Freiburg und Berlin, die erst wenige Tage zuvor angekündigt worden waren, war es den deutschen und namibischen Verantwortlichen offenbar entgangen, entsprechende Einladungen an die Vertreter der direkten Nachfahren der Verstorbenen auszusprechen. Lediglich der stellvertretende Vorsitzende des *Council of Traditional Leaders* nahm an der offiziellen Rückgabe der Gebeine teil - und dieser hatte seine Teilnahme offenkundig nicht an die jeweiligen Vertreter weitergegeben. “They never informed our leaders that the remains are ready,” verkündete ein Sprecher des *Ovaherero Genocide Committee* bei einer Pressekonferenz am Donnerstag in Windhuk, bei der sich einige Mitglieder der Opferverbände gegen die Art und Weise der Durchführung der diesjährigen Übergabezeremonie aussprachen. “When he left, he did not inform us that he was invited to go along”. Die Entscheidung der Regierungsebene ist auch deswegen bedenklich, weil es sich bei den ausgeschlossenen namibischen Gruppen um die eigentlichen Initiatoren der Verhandlungen um die Schädel und Skelette der Frauen, Männer und Kinder handelt, die nun ihren Weg aus den Universitätsarchiven in Deutschland zurück nach Namibia finden.

In der namibischen Delegation waren Jerry Ekandjo, Minister für Jugend und Kultur, die stellvertretenden Direktorin des *National Heritage Council,* Esther Mwoombola-Goagoses, der Vorsitzende des *Council of Traditional Leaders*, Immanuel /Gaseb, sowie der namibische Botschafter Neville Gertze vertreten. Von deutscher Seite war der ehemalige Botschafter für Namibia, Egon Kochanke, anwesend. Außerdem war bei der Veranstaltung in Berlin Prof. Dr. Einhäupl zugegen, Vorstandsvorsitzender der Universitätsmedizin Berlin, sowie bei der Übergabe in Freiburg Rektor Prof. Dr. Hans-Jochen Schiewer.

Fünf der Verstorbenen, deren sterbliche Überreste in Freiburg und Berlin für rassistische Forschungen verwendet wurden, sind eindeutig durch die Gräueltaten der deutschen Truppen zwischen 1904 und 1908 umgekommen. Damals hatten sich zehntausende Menschen gegen die Repression der Kolonialherren im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika aufgelehnt, die infolgedessen ermordet und zum Verdursten in anliegenden Wüstengebieten gezwungen wurden, um unter Einwilligung des deutschen Kaisers Wilhelm II. eine vollständige Vernichtung der namibischen Volksgruppen zu veranlassen. Die Leichen der Verstorbenen wurden

von deutschen Sammlern und Soldaten teils aus ihren Gräbern geraubt und zerteilt, Verwandte wurden gezwungen, die Haut und Muskeln ihrer toten Angehörigen mit Glasscherben zu entfernen, und abgetrennte Köpfe wurden in Formalinkanistern nach Deutschland verfrachtet, um dort im Namen der Wissenschaft als Beweis für die Minderwertigkeit der dunkelhäutigen Rasse herangezogen zu werden.

In Namibia gibt es bisher kein offizielles Statement dazu, warum die Vertreter der Opferverbände selbst von der Delegation ausgeschlossen worden waren, da sich zuständige Stellen nicht verantwortlich zeigten oder Anfragen schlicht ignoriert wurden. Die Vertreter der Gruppen forderten derweil ihre Gefolgsleute auf, sich nicht an den Zeremonien zur Ankunft der Schädel und Skelette zu beteiligen. Rund die Hälfte der eingeladenen Personen blieb der Veranstaltung in Namibia daraufhin demonstrativ fern. Utjiua Muinjangue von der *Ovaherero und Ovambanderu Genocide Foundation* sagte dazu der Zeitung *The Namibian*: „Wie kann man uns als bloße Dekoration zu einer hiesigen Veranstaltung einladen, wenn wir von der Planung und Durchführung der Schädelrückgabe ausgeschlossen worden sind?“

Fraglich bleibt außerdem, warum der Termin, der eigentlich für April angesetzt, kurzfristig und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorgezogen worden war. Der in Berlin lebende Israel Kaunatjike, Mitglied der Initiative "Völkermord verjährt nicht", äußerte sich letzten Montag zu der späten Benachrichtigung von Opferverbänden und NGOs. „Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung aus Angst vor Protesten und berechtigten Reparationsforderungen weder die Nachfahren der Opfer des Genozids noch die breite Öffentlichkeit in die Charité eingeladen hat. Erst vor wenigen Tagen habe ich von der geplanten Übergabe erfahren und bis heute habe ich keine Zusicherung erhalten, überhaupt teilnehmen zu dürfen.“

Kaunatjike kritisierte weiterhin die unangemessene Wahl der deutschen Repräsentanten. Dass der namibische Minister Ekandjo nicht von offizieller Seite in Empfang genommen worden war, zeige deutlich, wie wenig Gewicht der Angelegenheit in Deutschland beigemessen werde. Die Nachfahren der während des Völkermords Getöteten organisieren sich heute in Opferverbänden der jeweiligen Volksgruppen, um Reparationen und Entschädigungen für die erheblichen Verluste an Menschen, Land und Vieh einzufordern und um eine Anerkennung der Verbrechen vonseiten der Täter zu bewirken. Sie fordern deswegen die Bundesregierung zu einer offiziellen Anerkennung des Genozids auf sowie zu einer offiziellen Entschuldigung zur Würdigung der Opfer und ihrer Nachfahren. Dazu ist es bislang nicht gekommen. Deutschland hatte es unter Außenminister Joschka Fischer aus Angst vor zukünftigen Entschädigungsforderungen abgelehnt, sich für den Mord an Tausenden Herero und Nama zu entschuldigen. In der offiziellen Begründung der Bundesregierung heißt es, die Strafbarkeit für Völkermord sei erst 1948 im internationalen Recht verankert worden – 40 Jahre nach den Gewalttaten im südlichen Afrika.
Die Bundesrepublik hatte sich 2004 vor der UN zwar zum „ehrenden Andenken“ für die Opfer von Kolonialismus und Völkermord verpflichtet, bisher ist im Hinblick darauf allerdings so gut wie gar nichts geschehen. Jahrelang war es nun schon zu Verzögerungen gekommen, um eine Überreichung von Gebeinen in angemessenem Rahmen durchführen zu können. Nach-

dem es dann im Oktober 2011 bei der ersten Übergabe an namibische Delegierte und Nachfahren zum Eklat gekommen war, ist es nun fraglich, ob die Regierungsebene durch ihr Vorgehen Anfang März nicht vor allem Proteste vermeiden und das Thema so in der öffentlichen Debatte unterbinden wollte. Eine Entschuldigung Deutschlands könnte als Präzedenzfall für Forderungen anderer Völkermordsopfer dienen.

Im Herbst 2013 war Ida Hofmann, Vorsitzende des Opferverbandes der Nama, von Namibia nach Deutschland gereist, um auf Initiative von Prof. Reinhart Kössler und mit Unterstützung der KASA eine bundesweite Speakers Tour durch verschiedene Städte zu unternehmen. Es ist ihr dabei möglich gewesen, auf das Thema aufmerksam zu machen und diverse zu diesem Thema Arbeitende wieder enger zusammenzuführen. Ihr Engagement, das in Folge der Vorkommnisse bei der ersten Übergabe 2011 in den Regionen Freiburg und Berlin einzigartig war, ist insofern eine Bereicherung für die festgefahrenen Verhandlungen gewesen und hat möglicherweise mit dazu beigetragen, dass eine Rückgabe der Schädel und Knochen der Verstorbenen wieder in Betracht gezogen wurde.